

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P:XXIV/97

Bonn, den 23. Mai 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 2	<u>Im Schnittpunkt unserer Welt: Die Stadt</u> Zur 15. ordentlichen Hauptversammlung des Deutschen Städtetages in Mannheim	85
3 - 4	<u>Was wollen die Ingenieurstudenten wirklich?</u> Ein Streik, der sinnlos ist	78
5	<u>Erster Schritt zur Volksversicherung</u> Hausfrauen sollen nicht mehr abseits stehen Von Paul Neumüller	46
6	<u>Alles für die Jugend</u> Schweden hat das beste Schulsystem der Welt	51

Im Schnittpunkt unserer Welt: Die Stadt

Zur 15ten ordentlichen Hauptversammlung des Deutschen
Städtetages in Mannheim

KfB. - Gemeinden geht es nicht anders als dem einzelnen Bürger: Sie müssen sich in Verbänden organisieren, damit ihre Stimmen mehr Gewicht erhalten. Es gibt einen alten Streit um die Frage, ob es richtig sei, die Gemeinden in dieser Hinsicht der Vielzahl von Interessenten in unserer Gesellschaft gleichzustellen, vertreten doch die Gemeinden nicht private Einzelinteressen, sondern - wie Bund und Länder - das Wohlergehen aller ihrer Bürger, unabhängig von Beruf, Konfession und Geschlecht. Aber es erscheint nützlich, diese Diskussion weiterzuführen. Da das Grundgesetz den Gemeinden und Gemeindeverbänden keine eigene institutionelle Kammer gegeben hat, bleibt ihnen nichts anderes übrig, als ihre Stimme und ihre Mitarbeit an der Vorbereitung von Gesetzen und Verordnungen über ihre Spitzenverbände zur Geltung zu bringen.

Der wohl einflußreichste kommunale Spitzenverband in der Bundesrepublik ist der Deutsche Städtetag. Er vertritt alle kreisfreien Städte; darüber hinaus spricht er auch für eine Anzahl kreisangehöriger Mitgliedsstädte, obwohl sich hier Überschneidungen mit dem Deutschen Städtebund ergeben, der die Belange der Klein- und Mittelstädte wahrnimmt. Es ist insbesondere im Zuge der fortschreitenden Verwaltungs- und Gebietsreform unausbleiblich, daß sich in den Grenzgebieten der Interessenwahrnehmung Überschneidungen ergeben. So streben in Nordrhein-Westfalen, wo die Reform am weitesten vorangeschritten ist, der Deutsche Städtebund und der Gemeindetag, die organisatorische Vertretung der kreisangehörigen Gemeinden, ein Zusammengehen an.

Der Verwaltungsreform folgt logischerweise die Verbandsreform, wie Hauptgeschäftsführer Dr. Berkenhoff auf der Hauptversammlung des Deutschen Städtebundes in Köln kürzlich sagte.

Die Hauptversammlung des Deutschen Städtetages findet nun vom 27. bis 29. Mai in Mannheim statt. Das Hauptthema dieses alle zwei Jahre einzuberufenen "Parlaments der deutschen Städte" lautet:

"Im Schnittpunkt unserer Welt: Die Stadt! Sie ist das Forum unserer Demokratie; sie trägt den Fortschritt der Wirtschaft; sie bestimmt das Klima der Kultur; sie ist die Basis einer freien Gesellschaft. Die Stadt brauchen wir alle!"

Mit diesem vielleicht etwas anspruchsvoll formulierten Generalthema soll sicher nicht gesagt werden, daß es außerhalb der Städte

keinen wirtschaftlichen Fortschritt und kein kulturfreundliches Klima gibt. Es soll vielmehr die überörtliche und somit dominierende Bedeutung der Städte auf wirtschaftlichem, kulturellem und gesellschaftspolitischem Gebiet in den Blickpunkt gerückt werden. Auf sie konzentriert sich "das Leben".

Wer sein Kind in ein Gymnasium, eine Spezialschule, eine Universität schicken will, wer ein Krankenhaus aufsuchen muß, wer größere Einkäufe tätigen oder ein Theater besuchen will, muß die Dienste und Angebote einer Stadt in Anspruch nehmen. Sprach man in früheren Jahrhunderten davon, daß Stadtluft freimache, so kann man auch heute noch sagen, daß Urbanität, also anspruchsvolles, ortsbezogenes Leben, weitgehend nur in Städten möglich ist.

Dieses Leben in der Stadt wird in immer stärkerem Maße erstrebenswertes Ziel der Menschen. Wie anders wäre sonst der seit einiger Zeit bestehende Trend zum Wohnen in der Stadt zu verstehen? Der Wunsch, am Waldrand, möglichst weitab von einer menschlichen Siedlung in einem eigenen Häuschen zu wohnen, überwog vor Jahren - heute ist er zu einem großen Teil erloschen. Allzu viele Nachteile haben Hausfrauen und Schulkinder in Kauf nehmen müssen; allzu viele Verzichtete waren mit der ländlichen Idylle verbunden.

Diese Favorisierung der Stadt als Lebensraum - eine Tendenz, die künftig noch viel stärker werden wird - bringt für die Städte große Probleme mit sich. Um vor allem die Großstädte in ihren Grenzen nicht ausufern zu lassen, ist eine stärkere Verdichtung notwendig. Mit anderen Worten: man wird höher bauen müssen. Das wiederum bedeutet dichteren Verkehr in den Straßen, bedeutet u.a. mehr Schulen und Krankenhäuser. Eine solche Entwicklung erfordert vorausschauende Planung und wirft die Frage nach der persönlichen Freiheit des Bürgers in der Stadt auf.

Mit all diesen Fragen wird sich die 15. ordentliche Hauptversammlung des Deutschen Städtetages in Mannheim beschäftigen. Oberbürgermeister Dr. Hans-Jochen Vogel, München, leitet den Arbeitskreis "Verkehr", für den sich die Mehrzahl der rund 1.200 Delegierten angemeldet hat; der Ulmer Oberbürgermeister Dr. Theodor Pfizer führt den Vorsitz im Arbeitskreis "Schule" und der Fuldaer Oberbürgermeister Dr. Alfred Dregger im Arbeitskreis "Krankenhaus". Eingeleitet wird die Hauptversammlung durch einen Vortrag des Konstanzer Politologen Professor Dr. Waldemar Besson über das Thema "Selbstverwaltung zwischen Planung und Freiheit". Welche Bedeutung dieser Veranstaltung zukommt, kann man aus der Teilnahme des Bundeskanzlers ablesen.

Der Präsident des Deutschen Städtetages, Professor Dr. Wilhelm Brundert (SPD), der während der langen und mitunter dramatischen Beratungen der Finanzreform unermüdlich für die gerechte Berücksichtigung der Gemeinden stritt, muß sich in Mannheim zur Wahl stellen. Obwohl die Satzung des Deutschen Städtetages - nicht unproblematisch - eine Dreiviertelmehrheit vorschreibt, sollte mit der Wiederwahl des aktiven Frankfurter Oberbürgermeisters zum Präsidenten für weitere zwei Jahre zu rechnen sein.

+ + +

Was wollen die Ingenieurstudenten wirklich?

Ein Streik, der sinnlos ist

kr. - Als das "Streikzentrum Ruhrgebiet" beschloß, den Streik der Ingenieurstudenten fortzusetzen, war es auf Initiative der Landesregierung Nordrhein-Westfalen bereits gelungen, daß sich die EWG-Kommission (am 7. 5. 1969) einstimmig für die europäische Anerkennung des deutschen Ingenieurs aussprach. Und damit war, wenn man es unter diesem Aspekt sah, die eigentliche Streikforderung der Ingenieurstudenten erfüllt, obwohl es nicht erst einer solchen demonstrativen Untermauerung bedürft hätte.

Ministerpräsident Heinz Kühn und sein Kultusminister Holthoff hatten schon vorher auf die Bundeseinheitlichkeit der deutschen Ingenieurstudenten als Voraussetzung für die EWG-Anerkennung gepocht. Es besteht nunmehr kaum noch ein Zweifel daran, daß der EWG-Minister- rat jene gleichwertige Anerkennung der deutschen graduiereten Ingenieurausbildung verwirklichen wird, nachdem sich die EWG-Kommission bereits ohne Gegenstimme hierfür ausgesprochen hat.

Die Ingenieurstudenten streiken weiter

Die Regierung Kühn sah sich veranlaßt, "zu aktuellen politischen Fragen Stellung zu nehmen" und den Beweis zu erbringen, daß die Landesregierung NRW ihr "Versprechen hielt, sich für berechnigte Forderungen der Ingenieurstudenten einzusetzen".

1. Beweis: "Unsere Ingenieur-Studenten brauchen die Anerkennung in der EWG."
2. Beweis: "Die Anerkennung des deutschen Ingenieurs in der EWG ist durch".
3. Beweis: "Unsere Ingenieur-Studenten brauchen eine bessere Ausbildung."

So wurde im Zusammenhang hiermit von der NRW-Regierung das Fachhochschulgesetz eingebracht, von dem der Vorsitzende des Kulturausschusses im Düsseldorfer Landtag, Oberstudiendirektor Hans-Joachim Bargmann, erklärte, er hoffe, daß es noch bis zum Sommer verabschiedet werde. Diese Fachhochschulen werden die Ingenieurausbildung auf das Universitätsniveau anheben und auch deren gleiche Rechtsstellung sanktionieren. Vom 1.8.1969 werden in Nordrhein-Westfalen Fachoberschulen eingerichtet, die der Vorbereitung der Studenten für den Übergang auf die Fachhochschulen dienen sollen.

Es sind also von der Regierung Kühn alle elementaren Forderungen der Ingenieurstudenten erfüllt worden, ohne - das muß immer wieder unterstrichen werden - daß es solcher Demonstrationen und Streiks

bedurft hätte, die von den Studenten inszeniert wurden.

Nach einem öffentlichen Hearing

"Im Kreuzfeuer der Experten blieb auch der Vorsitzende der streikenden Ingenieurstudenten, Ulrich Haupt, stecken", berichtete eine Zeitung über ein Hearing mit dem Kultusausschuß des NRW-Landtags, in dem die Sprecher von fünfzehn Spitzenverbänden zu Wort kamen. Haupt, so hieß es weiter, habe "keine Erklärung auf die Frage gefunden, warum sein Verband vor Monaten noch andere Forderungen als heute erhoben habe".

Und das trifft den Kern der Sache, ja, es deutet das ganze Dilemma eines solchen nur nach außen hin gut organisierten Streiks an. In Wahrheit sind die einzelnen Gruppen innerhalb der Studentenverbände zerstritten. In Wirklichkeit ist es nur eine Farce, wenn sie behaupten, die Fortsetzung des Streiks sei durch demokratische Mehrheitsentscheidung innerhalb der Studentenschaften legalisiert worden. Denn der nunmehr proklamierte Grund, weshalb man weiterstreiken müsse, ist nicht nur unsachlich, sondern wider jede demokratische Fairneß.

Das "Streikzentrum Ruhrgebiet" insbesondere behauptet, die EWG-Anerkennung des deutschen graduierten Ingenieurs werde noch einige Zeit dauern, was insofern begründet sein mag, weil eine solche grundlegende Veräußerung nicht von heute auf morgen erfolgen kann. Entscheidend ist jedoch, daß die EWG-Kommission die Anerkennung bereits für den EWG-Ministerrat vorlagsreif machte und von dieser Seite kein Einspruch mehr zu erwarten ist.

Aus der weiteren studentischen Streikpraxis dringt also wenig Logik, was im Übrigen auch schon vorher der Fall war. Denn wofür sich die Regierung Kühn in verhältnismäßig kurzer Zeit einsetzte, wurde früher in Bund und Ländern, insbesondere auch im Industrieland Nordrhein-Westfalen, regelrecht zeitlich verschluckt. Von der NRW-Regierung erwartet man heute schnelle Allheilmittel für bildungspolitische Reformen, die frühere CDU-Regierungen auf die lange Bank schoben. Entgegen aller bewiesenen Initiativen nehmen studentische Gruppen heute verantwortliche Politiker unter Beschuß, die sich gegen radikale Auswüchse wehren müssen, weil sie durch karierte "Kuhplakate", wie z. B. in Essen, auf Spruchbändern und in Versammlungen verunglimpft werden.

Die nordrhein-westfälische Landesregierung forderte inzwischen die Ingenieurstudenten auf, den Streik zu beenden, und ihr Studium am 19. Mai wieder aufzunehmen.

Viele von ihnen haben sich indessen auf ein ganzes Streiksemester "eingesrichtet", indem sie Arbeit in Industrieunternehmen aufnahmen. Sie werden also kaum der Aufforderung der Landesregierung nachkommen.

+ + +

Erster Schritt zur Volksversicherung

Hausfrauen sollen nicht mehr absichts stehen

Von Paul Neumüller

In ihrem Regierungsprogramm hat die SPD auf dem Sozialsektor neben anderen Reformen auch die schrittweise Einführung der Volksversicherung vorgesehen, die grundsätzlich alle arbeitenden Menschen, einschließlich der Hausfrauen, erfassen soll.

Der erste Schritt zur Verwirklichung der Hausfrauenrente, als Teil der Volksversicherung, ist bereits getan. Auf Initiative der SPD hat der sozialpolitische Ausschuß des Bundestages am 21. Mai 1969 beschlossen, daß alle Frauen, die sich nach ihrer Eheschließung ihre Versicherungsbeiträge haben auszahlen lassen und später infolge Erwerbstätigkeit wieder versicherungspflichtig werden, künftig die Möglichkeit haben, die erhaltene Abfindungssumme zurückzuzahlen. Diese Entscheidung ist aus mehreren Gründen zu begrüßen.

Wohl die meisten Frauen, die ihren Sozialversicherungsschutz durch Beitragserstattung nach der Eheschließung aufgaben, hätten erkannt, daß sie damit "amtlich" betrogen wurden, denn sie verloren nicht nur alle Rechte, sondern erhielten auch nur die Hälfte der insgesamt gezahlten Beiträge zurück, während die andere Hälfte - Arbeitgeberanteil - vom Staat ohne Gegenleistung "vereinnahmt" wurde.

Diese Abfindungen hatten für viele Frauen auch noch weitere Nachteile, vor allem, wenn sie später wieder ins Berufsleben eintraten und damit ein neues Versicherungsverhältnis begründeten. Hierzu ein Beispiel.

Frau A und Frau B sind bei ihrer Eheschließung vier Jahre berufstätig gewesen. Frau A läßt sich von der Versicherungsanstalt abfinden und ihre Mitgliedschaft zur Sozialversicherung ist erloschen. Frau B tut dies nicht. Einige Zeit nach der Eheschließung werden beide Frauen wieder erwerbstätig. Nach knapp einem Jahr kann Frau B schon beruhigter in die Zukunft sehen als Frau A, denn nunmehr hat sie mehr als 60 Monatsbeiträge in die Sozialversicherung eingezahlt und erhält im Falle einer Erwerbs- oder Berufsunfähigkeit schon eine monatliche Rente und genießt außerdem noch den vollen Krankenversicherungsschutz. Frau A muß aber noch weitere vier Jahre auf diesen Schutz warten. Die erhaltene Abfindung ist schon lange im "Haushalt" untergegangen. Selbst wenn sie später infolge ihres neuen Versicherungsverhältnisses rentenberechtigt wird, ist der Nachteil nicht mehr aufzuholen. Die vier ver-schenkten Jahre hätten nicht nur ihre spätere Rente erhöht, sondern sich auch gut verzinst, denn durch unser dynamisches Rentensystem unterliegen die Versicherungsbeiträge keiner Abwertung, da sich jede Sozialversicherungsrente an den jeweiligen Lebenshaltungskosten orientiert.

Wäre Frau A hinreichend aufgeklärt worden, hätte sie wohl keine Abfindung ihrer Versicherungsbeiträge gefordert.

Zum Glück wird Frau A und zahlreiche Frauen, denen es ähnlich ergangen ist, künftig ihren Fehler wieder berichtigen können, indem ihnen die Möglichkeit geboten wird, die verlorengegangene Versicherungszeit durch Rückzahlung der Abfindungssumme wieder voll aufleben zu lassen.

Alles für die Jugend

Schweden hat das beste Schulsystem der Welt

nn. - Schweden hat das Abitur abgeschafft, die einheitliche neun-jährige Pflichtschule als gemeinsamen Block mit Zentralschulen eingeführt und ist durchweg zum Vorschuljahr für fünf Jahre alte Kinder übergegangen. Das schwedische Schulsystem kann als das modernste in der Welt angesehen werden.

Das alles wird durch eine moderne Lehrerfortbildung begleitet. Praktisch mußten alle Lehrer in Schweden noch einmal zur Schule gehen und tun es zum Teil heute noch. Inzwischen sind die freiwilligen Fortbildungskurse während der Ferien ausgebaut worden, wobei jedoch die bislang dreimonatigen Sommerferien wegen Einführung der Fünf-Tage-Woche in den schwedischen Schulen auf gut fünf Wochen vermindert worden sind. Daneben werden während der normalen Schulzeit laufend Lehrer in Fortbildungskursen zusammengezogen. Die Lehrer sind in Schweden auch deshalb aufnahmefähiger, weil die Schülerzahl pro Klasse unter 25 liegt.

Bei den Ausbildungskursen für die Lehrer geht es vor allem um die Einführung neuer Unterrichtsformen mit modernen technischen Hilfsmitteln. Es geht ferner um die Anleitung der Lehrer, jeden einzelnen Schüler in den kleinen Klassen, die sich in viele Arbeitsgruppen aufgliedern und vollständig durchlässig sind, individuell zu führen.

In jeder Schulklasse oder Arbeitsgruppe ist das Tonbandgerät, der Filmapparat, der Dia-Projektor, die Schallplattensammlung und das Rundfunkgerät vorhanden. Daneben laufen für den speziellen Unterricht bereits mehrere Schulrundfunkprogramme. Fernsehprogramme werden jetzt eingeführt.

Mit Hilfe dieser technischen Geräte hat man inzwischen den individualisierenden Mathematik-Unterricht eingeführt. Die Schüler können mehrfach im Jahr zwischen drei Schwierigkeitsgraden entscheiden. Sie werden somit in ihrer Klasse oder ihrer Arbeitsgemeinschaft so gefördert, wie es ihrem Intellekt oder ihren Neigungen entspricht. Der Lehrer berät den einzelnen Schüler dabei als Tutor.

Lehrer, die die neuen Kurse durchlaufen haben, sind mit Hilfe der vielfältigen technischen Hilfsmittel jetzt dazu übergegangen, gemeinsam mehrere Fächer zusammenzufassen, die dann von ganzen Schulstufen behandelt werden. Da ging es kürzlich um die Themen: "Die bedrohte Natur" oder "Das menschliche Zusammenleben". Innerhalb dieser Zentralthemen werden alle Fachgebiete der einzelnen Klassenstunden zusammenhängend und überschneidend behandelt. Vier oder mehr Tage lang beschäftigt sich oft eine ganze Schule zunächst in großen Arbeitsgruppen und dann in spezialisierten kleinen Gruppen mit der Thematik.

Vor diesem Hintergrund der forcierten Lehrerbildung erwartet man in Schweden einen merklichen Anstieg des Ausbildungs- und Bildungsniveaus der Schule. Nach den Analysen des Volksbildungsministeriums in Stockholm unter dem sozialdemokratischen Minister Olaf Palme will man 35 Prozent der Schüler so fördern, daß sie mit einer gymnasialgleichen Ausbildung nahtlos zur Universität oder technischen Hochschule wechseln können.

Für 30 Prozent der Schüler wird die zweijährige Fachschule offenstehen. Für weitere 35 Prozent schließt sich die Berufsschule an, die in Schweden eine Vollzeit-Berufsschule mit staatlicher Regie ist. Ganz allgemein ist schon heute erreicht, daß in Schweden mehr als 75 Prozent aller Schüler länger als neun Jahre zur Schule gehen.